ANTRAG

auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm zur Förderung des wirtschaftsbezo- genen Technologietransfers und des Clustermanage- ments im Land Brandenburg

Investitionsbank
des Landes Brandenburg
Förderbereich Wirtschaft
Referat Technologie
Steinstraße 104 - 106
14480 Potsdam

Antragsnummer der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Zutreffendes bitte im Antrag ankreuzen

Eingangsstempel der
Investitionsbank des Landes Brandenburg

Achtung: Mit dem Vorhaben darf grundsätzlich erst nach Erteilung des Zuwendungsbescheides oder nach Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns (Ziff. 5.1 und 5.2 der Richtlinie) begonnen werden. Beginn der Maßnahme ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages.
Anträge werden nur nach fachlicher Abstimmung mit der ZAB GmbH entgegengenommen.

Vorhaben (Kurztitel)

- Förderung von Technologietransferstellen an Hochschulen
- Förderung des Standortmanagements für Gründungen aus Hochschulen
- Förderung des Clustermanagements
- Förderung sonstiger Vorhaben

1 Antragsteller

Name der Einrichtung/Firmenbezeichnung

Rechtsform

Postanschrift (Straße/Haus-Nr./Postfach/PLZ/Ort)

Tel./Fax (mit Vorwahl)

Projektleiter/in:

Name, Vorname (ggf. akademischer Grad)

e-mail

Tel./Fax (mit Vorwahl)

2 Angaben zum Vorhaben

2.1 Zeitliche Durchführung des Vorhabens (max. 36 Kalendermonate)

Beginn

Tag		Monat		Jahr	

Beendigung

Tag		Monat		Jahr	

2.2 Kurzfassung der Vorhabensbeschreibung

Bitte eine detaillierte Vorhabensbeschreibung als separate Anlage beifügen (siehe Ziff. 6.1)

- 2.3 Anzahl geplanter Projekte und Beratungen
- FuE-Projekte _____
- IuK-Projekte _____
- umweltrelevante Projekte _____
- Beratungen gründungswilliger Frauen _____
- Sonstige Gründerberatungen _____

3 Ausgaben und Finanzierung des Vorhabens¹

3.1 Ausgaben (Angaben in EUR)

			Gesamt- ausgaben
Personalausgaben Anzahl		prozentualer Anteil (bezogen auf eine Vollzeitstelle)	
	Projektleiter (TV -L bis E 14)		
	Projektmitarbeiter (TV-L bis E 13)		
	Projektassistenz (TV-L bis E 8)		
Arbeitgeberanteil			
<i>Zwischensumme</i>			
Qualifizierungsmaßnahmen für im Projekt geförderte Mitarbeiter			
Investive Maßnahmen			
Sachausgaben			
Sonstige Ausgaben			
Gemeinkosten			
Gesamt			

3.2 Finanzierung (Angaben in EUR)

Eigenmittel des Antragstellers	
beantragter Zuschuss	
sonstige Mittel (_____)	
Einnahmen, die mit dem Vorhaben in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen	
Gesamt	

¹ Bei mehrjährigen Projekten ist eine Aufschlüsselung der Ausgaben für die einzelnen Projektjahre vorzunehmen und dem Antrag beizufügen.

4 Ergänzende Unterlagen (☒ = beigelegt)

- 4.1 Zur fachlichen Beurteilung² des Vorhabens sind folgende Unterlagen einzureichen:
1. Kurzdarstellung der eigenen strategischen Zielsetzung
 2. Angaben zur Profilierung des beantragten Vorhabens und Kompetenznachweis der Projektmitarbeiter
 3. Vorhabensbeschreibung inkl. einer Darstellung der zeitlichen Abfolge
 4. Darstellung der Zusammenarbeit mit Akteuren in den relevanten Clustern
 5. interner Weiterbildungsplan
 6. Ausgaben- und Finanzierungsplan pro Projektjahr (für mehrjährige Projekte)
- 4.2 Namen des Projektleiters und der Projektmitarbeiter, der Assistenz mit Entwürfen der Anstellungsverträge
- 4.3 Zur Darstellung der gesellschafts- und eigentumsrechtlichen Verhältnisse sind einzureichen:
1. Gesellschaftsvertrag/Satzung
 2. Miet-/Pachtvertrag/Eigentumsnachweis
 3. aktueller Handels-/Vereinsregistrauszug
 4. Jahresabschlüsse der letzten 2 Geschäftsjahre
 5. Formular zum Einnahme schaffenden Projekt
 6. Identifikation durch zuverlässige Dritte
Das Formular ist
 - nur einzureichen, sofern noch keine Identifizierung vorgenommen wurde oder sich seit der letzten Identifikation Änderungen bei den handelnden Vertretern ergeben haben,
 - durch die identifizierende Stelle unverzüglich und unmittelbar an die ILB zu übermitteln.
- 4.4 Begründung der Ausgabenkalkulation
- 4.5 Darstellung der buchhalterischen Trennung der nicht wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Tätigkeiten

5 Erklärungen

- 5.1 Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Antrag und den Anlagen gemachten Angaben.
- 5.2 Die Bedingungen der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg zur Förderung des wirtschaftsbezogenen Technologietransfers und des Clustermanagements im Land Brandenburg vom 02. Dezember 2011 erkenne(n) ich/wir an.
- 5.3 Ich/Wir erkläre(n), dass
- mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch nicht vor Erteilung des Zuwendungsbescheides begonnen wird,
 - der nicht durch die Zuwendung und Mittel Dritter gedeckter Teil der Ausgaben des Vorhabens durch Eigenmittel gesichert ist,
- 5.4 Ich/Wir erkläre(n), dass
- der Gesamtfinanzierungsplan keine Personalausgaben enthält, die durch öffentliche Haushalte gedeckt sind,
 - hinsichtlich Lieferungen und sonstiger Leistungen Dritter weder allgemein noch für das Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach §15 UStG berechtigt zu sein,
 - hinsichtlich Lieferungen und sonstiger Leistungen Dritter zum Vorsteuerabzug nach §15 UStG berechtigt zu sein und die Umsatzsteuer im Gesamtfinanzierungsplan nicht veranschlagt zu haben,
- 5.5 Ich/Wir erkläre(n), dass
- für das Vorhaben keine öffentliche Förderung bei einer anderen Stelle beantragt wurde oder wird.
 - Für das Vorhaben ist oder wird eine öffentliche Förderung
bei _____ in Höhe von EUR _____
bei _____ in Höhe von EUR _____
beantragt. Diese ist im Finanzierungsplan enthalten.
- 5.6 Ich/Wir bestätige(n), dass
- keine wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt wird.
 - für wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Tätigkeiten getrennte Buchungskreisläufe eingerichtet wurden und dass die beantragte Maßnahme dem nichtwirtschaftlichen Teil zuzuordnen ist.
- 5.7 Ich/Wir bestätige(n), dass die beantragte Zuwendung nicht über den Betrag hinausgeht, der erforderlich ist, um die Ausgaben der beantragten Maßnahmen unter Berücksichtigung der angegebenen Eigenmittel/zu erzielenden Einnahmen/Drittmittel ganz oder teilweise zu decken.

- 5.8 Mir/Uns ist bekannt, dass die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe des wirtschaftlichen und sparsamen Mitteleinsatzes (vgl. entsprechende Auflage unter Nr. 1.1 der ANBest-P/ANBest-G) erfolgt. Aufträge sind nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben.

Mir/Uns ist bekannt, dass im Rahmen der Durchführung der Maßnahme die einschlägigen Vorschriften des Vergaberechts gemäß Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G sowohl für bereits vor Antragstellung vergebene Aufträge als auch für zukünftige Aufträge einzuhalten sind, sofern die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 50.000,00 EUR beträgt.

Unabhängig von der Zuwendungshöhe sind öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) abweichend von Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G zur Einhaltung des Vergaberechts verpflichtet.

Insbesondere ist mir/uns bekannt, dass Verstöße gegen das Vergaberecht eine Kürzung der Zuwendung zwischen 25 % und 100 % zur Folge haben können.

Auskunft und Unterstützung hinsichtlich Inhalt, Form und Fristen der Ausschreibung gemäß den Vergabevorschriften Nr. 3 ANBest-P bieten die

Auftragsberatungsstelle für das öffentliche Auftragswesen
im Land Brandenburg e. V.
Mittelstraße 5
12529 Schönefeld
Tel.: 030 3744607-0
Fax: 030 3744607-21

oder die zuständigen Industrie- und Handelskammern.

Bei Auftragswerten > 5.000,00 EUR besteht ferner die Möglichkeit, sich von der Auftragsberatungsstelle des Landes geeignete Bewerber benennen zu lassen.

- 5.9 Mir/Uns ist bekannt, dass die folgenden in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Angaben zu:

- a) Antragsteller (Ziffer 1)
- b) Beginn des Vorhabens (Ziffern 2.1 und 6.3)
- c) Vorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits sicher feststehen (Ziffern 3.1, 4.2, 4.5, 4.8 und 6.4)
- d) anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (Ziffern 3.2, 4.3, 4.6, 4.9 und 6.5)

Mir/Uns sind weiterhin das Brandenburgische Subventionsgesetz vom 11. November 1996 (GVBl Bbg I, Nr. 24, Seite 306) sowie § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist. Dies gilt insbesondere auch für die Mittelabrufe und die zu führenden Verwendungsnachweise.

Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde. Auch das Unterlassen von Mitteilungen über Änderungen zu diesen Tatsachen ist subventionserheblich.

- 5.10 Mir/uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die VO (EG) 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 (ABl. EU Nr. L 210 ff vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der VO (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (ABl. EU Nr. L 210, S. 1 ff. vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit VO (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (ABl. EU Nr. L 45/3 vom 15. Februar 2007) Anwendung findet.

Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren, wobei sie auch Vorhaben im Rahmen des operationellen Programms prüfen können.

Die Regeln für die Förderfähigkeit der Ausgaben werden bis auf die in den EU-Verordnungen der einzelnen Fonds vorgesehenen Ausnahmen auf nationaler Ebene festgelegt. Sie umfassen die Gesamtheit der Ausgaben, die im Rahmen eines Operationellen Programms geltend gemacht werden (vgl. Artikel 56 VO (EG) Nr. 1083/2006).

Im Falle der Bewilligung erklären wir uns damit einverstanden, dass wir als Begünstigter, unser Vorhaben und die Höhe der uns bereitgestellten öffentlichen Mittel entsprechend Artikel 7, Absatz d) der VO (EG) 1828/2006 (ABl. EU vom 15. Februar 2007) vom Land Brandenburg veröffentlicht werden:

- Name des Begünstigten
- Bezeichnung des Vorhabens
- Betrag der bereitgestellten öffentlichen Mittel.

- 5.11 Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um ein Einnahmen schaffendes Projekt im Sinne von Artikel 55 der VO (EG) Nr. 1083/2006.³

- ja
 nein

wenn ja und Gesamtausgaben > 1 Mio. EUR:

Die erwarteten Einnahmen des Projektes sind zu schätzen und der ILB mit Antragstellung anhand der **beigefügten Formulare** mitzuteilen. Die der Schätzung zugrunde liegenden Annahmen sind zu erläutern und ggf. durch ergänzende Unterlagen zu unterlegen.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

³ Nach Artikel 55 der VO (EG) Nr. 1083/2006 sind Einnahmen schaffende Projekte im Sinne der Verordnung

- Vorhaben, die Investitionen in Infrastrukturen betreffen, für deren Nutzung direkte Abgaben erhoben werden,
- Vorhaben, die den Verkauf oder die Verpachtung bzw. Vermietung von Grundstücken oder Gebäuden gegen Entgelt betreffen
- sowie andere Vorhaben, die jede andere Erbringung von Dienstleistungen gegen Entgelt betreffen.

Nicht betroffen sind Vorhaben, die den Regeln für staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 107 des AEUV des EG-Vertrags unterliegen.

6 Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen der Bund im Einvernehmen mit dem jeweiligen Land oder das jeweilige Land den Namen des Empfängers der Zuwendung sowie Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlichen kann.

Uns ist bekannt, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden und die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und, wenn sich an den beantragten Finanzierungshilfen der EFRE beteiligt, den zuständigen Dienststellen der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zur Prüfung des Antrages Sachverständige/ Gutachter hinzugezogen werden können. Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass das Land Brandenburg bei positiv erfolgter Beschlussfassung über Förderung oder Bewilligung oder Durchführung/Abschluss des Projektes über mein/unser Vorhaben bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder

Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert ja nein

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel

7 Bestätigung der fachlichen Abstimmung

Die fachliche Abstimmung erfolgte am _____ durch Herrn/Frau _____
(ZAB GmbH, Geschäftsstelle _____)
mit folgendem Inhalt _____

Besondere Bemerkungen/Votum:

Ort, Datum

Unterschrift des/der Bearbeiters/Bearbeiterin/Stempel der ZAB GmbH

Anlage
Merkblatt Vergabebestimmungen